



SO ALT KANN KEINER WERDEN

Beförderungssituation – ein einziges Desaster

„Wir haben bei den Beförderungen im Polizeibereich die Schraube etwas zu eng angezogen!“ So drückte es wohl Innenminister Bruch anlässlich der letzten Landtagsitzung aus und erweckte damit den Eindruck, als sei in diesem Zusammenhang ein Zustand eingetreten, den man relativ problemlos mit dem nächsten Haushalt korrigieren könne.



Alfons Meyer

Derzeit erfüllen 83 Beamtinnen und Beamte der Schutzpolizei und 38 Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei die funktionalen Voraussetzungen für eine Beförderung nach A 12. Das heißt, sie sind auf Dienstposten verwendet, welche mindestens nach A 12 zu bewerten sind.

Bei der Schutzpolizei erfüllen davon 61 und bei der Kripo 37 Beamtinnen und Beamte auch die erforderlichen Wartezeiten von drei Jahren. (Nur zur Erinnerung: Die gesetzliche Wartezeit für eine Beförderung beträgt nur ein Jahr)

Alle haben überwiegend bereits seit vielen Jahren wichtige Funktionen wie Dienstgruppenleiter, Kommissariatsleiter oder PVD und üben dies zur vollsten Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten aus.

Sie sind es, welche zur Freude des Innenministers Jahr für Jahr mithelfen, die bundesweit hervorragenden Aufklärungsergebnisse zu erzielen. Den Dank dafür bekommen sie jedes Jahr bei Veröffentlichung der PKS, jedoch nur als Sprechblase.

Dem PP Trier werden in diesem Jahr ganze zwei Stellen nach A 12 bei der Schutzpolizei und eine einzige Stelle bei der Kriminalpolizei zugewiesen.

Mit letzterer kann ein einziger der wartenden Kollegen, welche bereits seit Jahren nach A 13 bewertete Stellen besetzen, „zufrieden“ gestellt werden. Ein hoffnungsloses Unterfangen.

Wenn sich nichts Entscheidendes in den nächsten Haushalten tut, bedeutet dies:

Der letzte bereits heute vorhandene Bewerber der Schutzpolizei kann in 41 Jahren, und der letzte bei der Kriminalpolizei vorhandene Bewerber kann „bereits“ in 38 Jahren das Beförderungsamts A 12 erreichen. Die A 13 ungefähr im 103. Lebensjahr.

Nur zur Info: 57 Bewerber bei S und K gehören den Geburtsjahrgängen 1949 bis

1959 an. Eine Katastrophe!!! Sie verdeutlicht: Die Schraube wurde nicht nur zu stramm angezogen, sie wurde bereits überdreht!

Wenig hilfreich sind die Äußerungen von Abgeordneten der SPD: „Der Polizei haben wir doch so viel Gutes getan!“

Dem kann man als Geschichtsinteressierter nur zustimmen. Nach dem Regierungswechsel 1991 wird die seit der Kienbaum-Studie (1970) feststehende Bewertung: „Polizeidienst ist gehobener und höherer Dienst!“ langsam umgesetzt.

Der Bewährungsaufstieg, als Übergangslösung erforderlich, wird zur nicht enden wollenden Geschichte. Die damaligen Versprechen der Politik: „Auch die Bewährungsaufsteiger können alle in A 11 in den Ruhestand gehen“, sind nur noch Worthülsen. Wir brauchen keine Versprechen, wir brauchen Taten.

Dankesworte tun gut, füllen aber keinen Autotank. Wir brauchen gerechte Beförderungschancen und eine gerechte Besoldung. **AM**

Heinz-Werner Gabler: „Probleme im Beförderungsbereich gibt es landesweit. Ausgefallene Beförderungstermine und durch den Haushalt gedeckelte Stellenpläne haben zu dieser Misere geführt. Änderungen im bestehenden Haushalt, wie von der GdP gefordert, sind von der Politik nicht gewünscht. Die Regierung und die Fraktionen müssen im Haushalt 2009/2010 die Weichen stellen, um Beförderungstermine nicht zu Frustrationen verkommen zu lassen. Die GdP hat ihre Forderungen dazu gestellt.“

Weit gefehlt, wenn an der Schraube nicht erheblich in die andere Richtung gedreht wird.

Was sich in den letzten Jahren bei Schutz- und Kriminalpolizei zusammengebraut hat, spottet jeder Beschreibung. Es besteht zurzeit ein Beförderungstau in allen Besoldungsgruppen, von A 10 bis A 13S, der nur mit einer nachhaltigen Politik auf Dauer auszugleichen ist.

Würde man den derzeitigen Zustand durch die religiöse Brille betrachten, wäre nur eine Beschreibung zutreffend:

„Todsünde: Dem Arbeiter seinen gerechten Lohn vorzuenthalten!“

Ohne erhebliche Anstrengungen sind dies die Perspektiven:

Bewährungsaufstieg: Ende der Karriere in A 9, max. A 10.

Fachhochschulabschluss: Ende der Karriere in A 11.

Berufsperspektiven, die man jederzeit mit harten Daten unterlegen kann.

Beispiel der FH-Absolventen beim PP Trier:

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:
gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de



Bachelor auf gutem Weg

Von Beginn an legte die GdP einen ihrer Arbeitsschwerpunkte auf eine gute, qualifizierte Ausbildung für den Polizeiberuf – die den Erkenntnissen aus der Kienbaum-Studie zur Begründung der zweigeteilten Laufbahn entspricht. Viele Reformen hat unsere Ausbildung seither durchlaufen. Wir „Alten“ starteten noch bei der Bereitschaftspolizei in der Grundausbildung und der so genannten weiteren fachlichen Ausbildung (insgesamt zwei Jahre). Die zusätzlich halbjährige Fachprüfung I (F I) – als Voraussetzung der Beförderung zum Polizeimeister (A 7) und die dreijährige F II zur Übernahme in den gehobenen Dienst (A 9) fanden grundsätzlich bei der Landespolizeischule statt. An einer polizeieigenen Fachoberschule konnte man in einem Jahr (Freistellung im Hauptamt) das Fachabitur ablegen, das eine Voraussetzung für die F II war. Modifizierungen dieses Systems bildeten die Erstausbildung (1991 bis 1997) und die „Doppelqualifizierende Ausbildung“ (DoQua, 1996 bis 2001), die auf das Niveau der F I, inkl. Fachhochschulreife führte. Mit der Entscheidung der Landesregierung zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn wurde der bildungsmäßige Wirrwarr endlich beendet und in der Folge dem Dienstherrn erhebliche Kosten erspart. Viele

Ausbildungsgänge werden heute von den Bewerberinnen und Bewerbern erwartet – sie müssen die Qualifikationen mitbringen. Führerschein und Fachhochschulreife sind heute Einstellungsvoraussetzungen. Aus- und Fortbildung sind heute klar strukturiert



Ernst Scharbach

und an den dienstlichen Bedürfnissen orientiert. Die Fachhochschule (FH) ist für die Ausbildung, die Landespolizeischule für die Fortbildung zuständig. Und die Bereitschaftspolizei kann sich auf ihre originären Aufgaben konzentrieren.

Mit dem klaren und kostengünstigen Aufbau sind die Voraussetzungen für die Zukunft geschaffen – die Umstellung des Diplomstudienganges an der Fachhochschule auf den Bachelor-Abschluss kann problemlos innerhalb dieser Strukturen erfolgen. Viele Kolleginnen und Kollegen verfolgen den Bachelor noch mit gehörigem Misstrauen. Die GdP unterstützt die Umstellung seit Jahren mit großem Engagement! Die GdP hat sich beim Ministerpräsidenten erfolgreich dafür eingesetzt, dass die FH in der Zuständigkeit des Innenministeriums bleibt und nicht in das Bildungsressort abwandert. Wir erhielten die Erlaubnis, den sehr zögerlichen anderen FH mit unserem Konzept voranzueilen. Bereits 2006 organisierte die GdP ein Fachforum zur Einführung des Bachelor auf dem Hahn unter fachkundiger Mitwirkung von GEW-Kollegin Barbara Hellinge. Seit her richtete das Land eine Lenkungsgruppe ein, die FH Mayen eine Arbeitsgruppe und der Fachbereich Polizei eine Unter-Arbeitsgruppe. Zunächst wurde die Praxis gefragt, was ein/e junge/r Absolvent/in der FH aus ihrer Sicht können soll. Für eine zielori-

enterte Ausbildung ein elementarer Ansatz! Die Anforderungen und die Kern-Anforderungen wurden von einer UAG formuliert.

Diese bildeten die Kernelemente zur Erarbeitung der Module, in denen die Anforderungen erlernt werden sollen. Die Module bestehen kurz gesagt aus drei Teilen: 1. Theorie, 2. Praxis, 3. Prüfung. 14 Module sind geplant. Sie folgen grundsätzlich aufeinander und schließen mit theoretischen und praktischen Prüfungen ab. Das Bestehen eines Moduls ist die Voraussetzung für die folgenden Module. Das Studium schließt mit der schriftlichen Bachelor-Thesis ab, die mündlich „verteidigt“ wird. Ganz im Sinne des Bologna-Prozesses (in Bologna wurde 1999 der Grundstein für den europäischen Bachelor- und Master-Abschluss gelegt) wird es auch ein Modul zum Thema „Internationales/Interkulturalität“ geben, das, wenn es gut geht, mit anderen Ländern in Kooperation vermittelt werden kann. Auf moderne Weise sollen Theorie und Praxis verbunden werden. Die Modulstruktur soll den Studierenden deutlich machen, warum bestimmte Lerninhalte vermittelt werden. Die Modulprüfungen sollen dem Lernen „hin auf die Prüfung“ entgegenwirken. Die Abschlüsse sollen europaweit vergleichbar sein. Sie bilden die Grundlage für den Master, der in Hiltrup angeboten wird. An dieser Stelle ist nicht hinreichend Platz, um die Aspekte in der nötigen Tiefe zu erläutern – die GdP begrüßt das gute Potenzial, das in der neuen Ausbildung steckt. Ernst Scharbach: „Bei allen Problemen, die noch auftauchen werden, sind wir überzeugt: Es lohnt sich!“

red.

Anzeige



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 31
psw-rp@gdp-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
 Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
 Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
 55129 Mainz
 Telefon (0 61 31) 96 00 90
 Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
 Internet: www.gdp-rp.de
 E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
 Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
 Polizeipräsidium Westpfalz
 67621 Kaiserslautern
 Telefon (06 31) 3 69 23 13
 Telefax (06 31) 3 69 23 14
 E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
 VERLAG DEUTSCHE
 POLIZEILITERATUR GMBH
 Forststraße 3 a, 40721 Hilden
 Telefon (02 11) 71 04-1 83
 Telefax (02 11) 71 04-1 74
 Anzeigenleiter: Daniel Dias
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
 vom 1. Januar 2008

Herstellung:
 L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern
 Postfach 14 52, 47594 Geldern
 Telefon (0 28 31) 3 96-0
 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



ZU BESUCH

Staatssekretär Lewentz mit offenem Ohr

Bei Personalstärke und Beförderungen muss der Haushalt 2009/2010 die entstandenen Löcher füllen und den tatsächlichen Bedarf wieder decken. Das war die zentrale Forderung der Vertreter der Gewerkschaft der Polizei (GdP) aus dem PP Koblenz und der Polizeidirektion Mayen in einem Gespräch mit Innenstaatssekretär Roger Lewentz.

Es sei sein Prinzip, sich auch vor Ort zu informieren und deshalb sei er der Einladung in das Mertlocher Lokal „Lehrer

zirkgruppenvorsitzender **Achim Eggert** hervor, dass es gelingen müsse, der Politik klar zu machen, dass die zweigeteilte Lauf-

Lewentz sich von den Polizeipraktikern im Detail schildern und der Kreisgruppenvorsitzende in der Polizeidirektion Mayen, **Norbert Puth**, wartete mit Hintergrundwissen zur Situation von Polizei und Rettungskräften am Nürburgring auf. Dort geht es, wie auch in Montabaur, Betzdorf und Koblenz, um Baumaßnahmen und Unterbringungsfragen.

Der Staatssekretär, der in dem sehr offen und sachlich geführten Gespräch ein hohes Maß an Sachverstand erkennen ließ, wies auf die „großen Brocken“ im Sachhaushalt hin, die in Angriff genommen werden: Dazu gehört neben der Beschaffung einer neuen Dienstpistole auch der Einstieg in die alles Bisherige umwälzende neue Technik zur Telekommunikationsüberwachung und die Einführung des Digitalfunks, der 2010 – zunächst im Bereich des PP Koblenz – für die Polizei Rheinland-Pfalz und die Rettungsorganisationen eingeführt werden soll.

Das Resümee der GdP-Leute war von verhaltener Hoffnung geprägt. Achim Eggert: „Offenbar hat man in der zuständigen Politik erkannt, dass in der Polizei über Besoldung, Beförderungszahlen und Personal, ‚schwäche‘ eine hohe Unzufriedenheit herrscht; trotzdem überzeugt die Polizei durch hochprofessionelle Leistungen“. Die GdP will in den kommenden Wochen auf Kreisgruppenebene wieder das Gespräch mit den regionalen Landtagsabgeordneten suchen, um für eine angemessene Behandlung des Polizeiressorts im kommenden Doppelhaushalt zu werben.



Staatssekretär Lewentz (mitte) mit GdP-Kollegen

Lämpel“ gerne gefolgt, merkte der in Kamp-Bornhofen lebende Lewentz zu Beginn des 90-minütigen Gesprächs mit den Polizeigewerkschaftern an. In seinen Ausführungen wurde deutlich, dass auch das Innenministerium aufgrund der Aufgabenentwicklung der Polizei Nachbesserungsbedarf bei der Personalstärke sieht. In der Analyse der Beförderungssituation hob Be-

bahn der Polizei noch nicht umgesetzt sei. Wegen dieser Ausnahmesituation seien noch einige Jahre außergewöhnliche Anstrengungen erforderlich.

Auch Fragen des Sachhaushaltes, wie die Ausstattung der Funkstreifenwagen, der Anschaffung digitaler Technik für den Erkennungsdienst und die Ergänzung der Ausstattung mit schusssicheren Westen ließ

GdP VOR ORT: WÖRRSTADT

Aktiv gegen Nazis

Viel Zuspruch aus der Bevölkerung erhielt die Polizei anlässlich der Demo von vorwiegend jungen Neonazis aus Rheinhessen in Wörrstadt und in Saulheim. Viele hundert Gegendemonstranten – unter ihnen unser ehemaliger Innenminister Walter Zuber, Carsten Pörksen (SPD) und Heinz Hermann Schnabel (CDU) – protestierten gegen den Aufmarsch der Ewiggestrigen in Rheinhessen. Viele „ungeübte“ Demonstranten hatten durchaus Angst, an der Demo teilzunehmen, weil sie nicht abzuschätzen wussten, ob es zu direkten Konfrontationen mit den Nazis kommen würde. Sie waren sehr erleichtert, dass die Polizei die Lage locker, freundlich aber konsequent im Griff hatte.



MEHRARBEIT

Bugwelle von rund 1,5 Millionen Stunden

Seit Jahren betont die Landesregierung, die Polizeistärke mit rund 9000 ausgebildeten Polizeibeamtinnen und -beamten wäre ausreichend, um die Alltagsanforderungen an die Polizei bewältigen zu können. Die Realität zeichnet ein anderes Bild. In den meisten Dienststellen des Landes müssen die Polizistinnen und Polizisten über die allgemeinen Sicherheitsanforderungen im Dienstbezirk hinaus vielfältigste besondere Einsatzlagen bewältigen. Hinzu kommen die Großeinsätze, bei denen vorrangig Einsatzsachbearbeiter und Führungskräfte der Bereitschaftspolizei, aber in vielen Fällen auch Beamtinnen und Beamte aus dem Wechselschichtdienst der Polizeinspektionen oder der Sachbearbeitung in den Kommissariaten Unterstützung leisten.

Ein deutliches Indiz für die stark ansteigenden Belastungen der Polizei ist die Entwicklung der Mehrarbeitsstunden. Es

lässt sich in den Jahresstatistiken leicht ablesen, dass die Zahl der zu leistenden Mehrarbeitsstunden nach oben geht und die Polizei des Landes inzwischen eine Bugwelle von rund 1,5 Millionen Mehrarbeitsstunden vor sich herschiebt, die absehbar nicht durch Freizeit ausgeglichen werden, aber wegen der angespannten Haushaltslage auch nicht bezahlt werden können. Hier muss auf Sicht etwas passieren, so geht es einfach nicht weiter.

Zahl der geleisteten Mehrarbeitsstunden der Polizei Rheinland-Pfalz:

2003 – 595 110,9 Stunden

2004 – 589 508,0 Stunden

2005 – 645 375,0 Stunden

2006 – 938 088,0 Stunden

Inzwischen aufgelaufene Mehrarbeitsstunden der Polizei Rheinland-Pfalz:

ca. 1,5 Millionen Stunden.

BERUF UND FAMILIE

Ministerium stellt Audit-Masterplan vor

Ab sofort können Kinder rheinland-pfälzischer Polizeibediensteter in der Kindertagesstätte der hessischen Bereitschaftspolizei in Mainz-Kastel gegen Kostenbeteiligung betreut werden. Findet diese Kindertagesstätte Zuspruch, ist dieses Konzept vielleicht auch für Mainz denkbar. Abteilungsleiter Joachim Laux stellte der Landesfrauengruppe, vertreten durch die Vorsitzende Steffi Loth und die stellvertretende Landesvorsitzende Margarethe Relet, den Masterplan für das Audit Beruf und Familie vor. Der Zeitplan erfasst fast alle Punkte des Verfahrens und soll bis Ende 2008 weitestgehend umgesetzt sein. Eine wichtige Forderung der GdP, Einstimmung der Führungskräfte auf ein familienbewusstes Personalmanagement und die Aufnahme des Themas in die Ausbildungsmodule der Führungsqualifizierung/Führungstrainings wird erfüllt. Überlegungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, einschließlich Prüfung und Förderung alternierender Telearbeitsplätze, Verbesserung der Rahmenbedingungen

für Teilzeitbeschäftigung – auch in Führungspositionen –, familienbewusste Fortbildungsangebote sowie die Erleichterung und Beschleunigung des beruflichen Wiedereinstiegs nach Elternzeit sind Kernpunkte des Masterplans. Die von der GdP angestrebte Unterkunfts-/Betreuungsmöglichkeit für Kinder von Teilnehmerinnen oder Teilnehmern des letzten ASA-Lehrgangs war bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend geklärt. Herr Laux favorisiert eine Unterbringung innerhalb der Bereitschaftspolizei in Enkenbach-Alsenborn. Ein entsprechender Prüfauftrag ist erteilt. Kurz vor dem Abschluss steht die Intranetplattform mit umfangreichen Informationen zum Thema Beruf und Familie, die in einer Auftaktveranstaltung vorgestellt werden soll. Steffi Loth: „Die Frauengruppe freut sich über die ‚Bewegung‘ und bietet ihrerseits erforderliche Unterstützung an.“ Weitere Informationen zur Kindertagesstätte der hessischen Bereitschaftspolizei können Interessierte unter www.egkiddyev.de finden.

Kurz und knackig

■ Mehr Personal

Die GdP fordert für 2008 und 2009 je 400 Neueinstellungen bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern. Selbst Innenminister Bruch plädiert inzwischen für eine Personalaufstockung. Derzeit verfügen die Dienststellen des Landes über rund 9200 ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte. Am 5. Mai können die neuen Studierenden in Enkenbach-Alsenborn und voraussichtlich Wittlich-Wengerohr ihr Studium aufnehmen. Spannend bleibt, ob und wie viele Mehreinstellungen erfolgen.

■ Beihilfe – GdP fordert Anpassung für Familien

Rheinland-Pfalz ist ein kinderfreundliches Land. Bei der Beihilfe hat dies allerdings Grenzen. So fällt die Beihilfe zur Säuglings- und Kleinkindausstattung in Höhe von 150 voll unter die Kostendämpfungspauschale (KDP). Teils zehrt die KDP den Zuschuss für das Kind komplett auf. Vater Staat zieht also sofort wieder mit der einen Hand ein, was er freundlich mit der anderen Hand an die Beamtenfamilie mit ihrem Kleinkind ausgegeben hat. Sparen ist also wichtiger als die Kinder- und Familienförderung. Die GdP fordert, diese Beihilfezahlung von der Kostendämpfungspauschale auszunehmen – und zwar unabhängig davon, dass wir die KDP insgesamt für rechtswidrig halten und daher gerichtlich überprüfen lassen. Der DGB hat diese Forderung übernommen und Finanzminister Prof. Dr. Deubel aufgefordert, die Beihilfeverordnung zu ändern.

■ Kriminalstatistik 2007

Gute Arbeit der Polizei: Nach den Ergebnissen der Kriminalstatistik 2007 in RP liegt die Aufklärungsquote im dritten Jahr in Folge wieder bei über 60% (genau bei 61,4%), die Zahl der Straftaten ist um 3,5% rückläufig auf 288 398. Man darf spekulieren, ob dies zum Teil auf die zunehmende Arbeitsverdichtung der Polizei und weniger Einsätze bei Hol-Kriminalität (z. B. BTM) zurückgeht.



Bei Leichenschau und Fast-ID am Ball

Die Fachausschüsse in der GdP sorgen dafür, dass auch die kleineren oder größeren Probleme im täglichen Dienst zum Spektrum der GdP-Arbeit gehören. Leichenschau, Präsenzdienst und digitale Onlinetechnik im Erkennungsdienst waren neben den Planungen für den Workshop der Fachausschüsse S & K und dem diesjährigen KriPo-FORUM die Themen des Fachausschusses Kriminalpolizei.

Die **Leichenschau-Veranstaltung** im November 2007 – so ein vorläufiges Resümee – ist in den verantwortlichen Ministerien und im Kollegenkreis auf großes Interesse und Anerkennung gestoßen und fand ihren Nachhall in regionalen und überörtlichen Veröffentlichungen, u. a. auf Seite 3 der Rhein-Zeitung. Der Fachausschuss und die Landes-GdP haben sich auf die Fahnen geschrieben, das Thema „warm zu halten“ und mit den rheinland-pfälzischen Mitgliedern der Bund-Länder-Arbeitsgruppe in engem Kontakt zu bleiben. Vorsitzender Gerald Gouasé wird das Thema im Bundesfachausschuss verfolgen, um beispielsweise das „Bremer Amtsarztmodell“ auf flächendeckende Tauglichkeit zu prüfen.

Als nachahmenswert empfiehlt der Fachausschuss, vor Ort Informationsveranstaltungen mit klinischen und niedergelassenen Ärzten durchzuführen, wie sie beispielsweise die KI Betzdorf unter Einbindung der Staatsanwaltschaft mit dem DRK-Klinikum Westerwald konzipiert hat. „Eine Auffrischung der Kenntnisse über Leichenschau und Todesbescheinigung und ein wenig Verständnis für die Belange der Strafverfolgungsbehörden helfen in der Praxis ganz konkret weiter“, kommentiert Bernd Becker vom Geschäftsführenden Landesvorstand.

„Fast-ID“ und „Livescan“ nach vorne bringen

Bereits im März 2007 hatte sich die GdP auf Anregung des Fachausschusses bei Innenminister Bruch dafür eingesetzt, die Digitalisierung des Erkennungsdienstes kontinuierlich nach vorne zu bringen, sprich die Ausstattung mit „Livescan-Technologie“ für zunächst alle Kriminalinspektionen, mit Einzelfingerscannern („Fast-ID“) für jede Polizeiinspektion und der Einführung von DAKTAS zur medienbruchfreien Verarbeitung der digital erhobenen Fingerabdrücke fortzuführen. „Außer einem wenig aufschlussreichen Antwortschreiben aus dem Mi-

nisterium ist bei dem Thema in 2007 nichts passiert“, berichtete Bernd Becker dem Fachausschuss. Im Hinblick auf den Haushalt 2009/2010 drohe das Thema angesichts der riesigen Investitionen für Digitalfunk, Dienstpistole und TKÜ-Technik abermals in den Hintergrund zu geraten, meinte er. So wichtig all diese Investitionen auch seien, meint der Fachausschuss, so dringend sei aber die Ausstattung des Einzeldienstes mit dieser Technik. „Da werden die Vorteile der Digitalisierung sofort greifbar“, meint Fachausschussmitglied Werner Comes und liefert Beispiele aus der Praxis. In dem einen Fall führte die schnelle Identifizierung mit Fast-ID zur Festnahme eines italienischen Mordverdächtigen, der als Schwarzfahrer aufgefallen war. In einem anderen Fall wäre mit Fast-ID eine Freiheitsentziehung mit anschließender Zwangseinweisung überflüssig gewesen. Möglicherweise, so die Einschätzung von Bernd Becker, würde sich durch die enorme Verbesserung der Arbeitsbedin-

gungen (Wegfall der Druckerschwärze) neben Qualität und Effizienz auch die Anzahl der ed-Behandlungen erhöhen. Die GdP hat sich erneut an den Minister gewandt und sich auch bei Staatssekretär Lewentz, der die Haushaltsverhandlungen mit dem Finanzminister führt, im Interesse der Sache verwendet. Erste positive Signale werden empfangen. Die GdP bleibt am Ball und berichtet.

Präsenzdienst – Pilot läuft

Der KriPo-Fachausschuss zeigte sich sehr erfreut darüber dass sich mit dem PP Koblenz ein Präsidium gefunden hat, das ein Pilotprojekt „Präsenzdienst statt Rufbereitschaft“ fährt. Bereits im April 2006 hatte eine AG des gemeinsamen Workshops S & K in Brodenbach „Analysen, Thesen und Vorschläge“ zur Abschaffung der Rufbereitschaft erarbeitet. Qualitäts- und Fürsorgegesichtspunkte spielten seinerzeit die zentrale Rolle bei den Überlegungen der AG, die vor allem „Ein-Mann-Rufbereitschaften“ für nicht zeitgemäß und „eigentlich nicht vertretbar“ hielt. Christian Kröll und Bernd Becker berichteten vom bisherigen Verlauf des Piloten, der neuerdings durch eine repräsentativ besetzte Projektgruppe betreut wird. Nach ihrer Einschätzung betrachten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen die Abschaffung der Einzel-Rufbereitschaft als großen Gewinn. Bei der Organisation des Präsenzdienstes gebe es noch das eine oder andere Problem im Zusammenspiel. Die Projektgruppe plane, mit einer Umfrage unter allen Teilnehmern den bisherigen Verlauf auszuwerten, um dann zu Vorschlägen für den Fortgang des Projekts zu kommen. Eines kann man sicher jetzt schon sagen, meint Bernd Becker, der vom Gesamtpersonalrat Koblenz wegen der landesweiten Bedeutung für die Projektgruppe benannt wurde: „Der Präsenzdienst kann nur auf Ebene des ganzen Präsidiums funktionieren. Darunter wird eine genügende Zahl an Teilnehmern nicht zu erreichen sein“.

BB



Seit der Fußball-WM erfolgreich und zufriedenstellend im Einsatz: Live-Scan-Station beim PP Westpfalz



60 Jahre in der GdP



V. l. n. r.: Heinz Rahm, Heinrich Fippinger, Rainer Blatt, Karl Ellrich, Horst Jeck, Gerhard Brenner und Ernst Scharbach.
Es fehlen Rudolf Geiger, Hermann Drumm und Peter Mauß.

Highlight der Seniorenveranstaltung in Kaiserslautern war zweifellos die Ehrung von Kollegen Karl Ellrich für 60-jährige

Zugehörigkeit zur GdP. Landesvorsitzender Ernst Scharbach und Landesseniorenvorsitzender Rainer Blatt persönlich nahmen sie vor.

„1946 hatten wir noch Hunger und es war keine Seltenheit, dass wir nach dem Nachtdienst mittags schon wieder zum Dienst erscheinen mussten. Ich danke der GdP für alles was sie in den letzten Jahrzehnten an Verbesserungen erreicht hat!“ meinte der Jubilar.

Bezirksgruppenvorsitzender **Jürgen Moser** sprach dem aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidierenden Seniorenvorsitzenden **Heinrich Fippinger** Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

In den neuen Seniorenvorstand gewählt wurden: **Gerhard Brenner**, Vorsitzender, **Hermann Drumm**, **Rudolf Geiger** und **Horst Jeck**, Vertreter, **Peter Mauß**, Beisitzer. **Red**

Junge Gruppe gegründet



V. l. n. r.: Florian Buchheit, Nicole Marhöfer und Sebastian Christmann.
Nicht auf dem Bild ist Mareike Hesch

Nachdem seit ein paar Jahren junge Kolleginnen und Kollegen direkt zu den Polizeipräsidien eingestellt werden und dadurch auch in der Westpfalz junge Leute unter 30 Jahren Dienst verrichten, wurde erstmals in der Bezirksgruppe eine JUNGE GRUPPE gegründet.

Eingeladen waren alle beim Polizeipräsidium Westpfalz eingestellten Kolleginnen und Kollegen. Sie wählten **Nicole Marhöfer** zu ihrer Vorsitzenden, **Mareike Hesch**, **Florian Buchheit** und **Sebastian Christmann** zu Stellvertretern. **Red**

EINKOMMEN

Demo in Mainz für mehr Lohn



Nach den langen Jahren der Einkommensverluste verlangen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes den Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung! Die Firmen verdienen in den letzten Jahren viel Geld. Die Steuereinnahmen sind wieder gestiegen. Jetzt wird es höchste Zeit, auch die Beschäftig-

ten im öffentlichen Dienst daran teilhaben zu lassen. Margarethe Relet: „Wir kommen mit dem Lohn nicht mehr hin. Die Preissteigerungen belasten die „Kleinen Leute“ mehr als die Reichen. Gerade Lebensmittel und Sprit zehren am Haushaltsbudget. Wir wollen endlich mehr Lohn!“

SIGGI - SIGNAL IDUNA Global Garant Invest

Eine Sorge weniger.

Leichter leben mit der Altersvorsorge der SIGNAL IDUNA.

WELCHE ALTERSVORSORGE IST DIE RICHTIGE?

WER BIETET MIR SICHERHEIT UND GUTE RENDITE?

WAS ZIEHE ICH HEUTE ABEND BLOSS AN?

WIE BLEIBE ICH FLEXIBEL?

Was belastet Sie, wenn Sie an Ihre Zukunft denken? SIGGI, die innovative fondsgebundene Rentenversicherung der SIGNAL IDUNA, macht das Leben leichter. Denn SIGGI steht für Sicherheit, Rendite und Flexibilität in einem. Ein Vorsorgekonzept, das Ihnen alle Sorgen abnimmt – zumindest die großen Sorgen rund um Ihre Zukunft.

SIGNAL IDUNA 
Versicherungen und Finanzen

Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

SIGNAL IDUNA Gruppe • Landesdirektion Frankfurt • SIGGI-Team

Frau Breitfeld • Telefon (0 69) 29 85-2 74

Herr Pfeiffer • Telefon (0 69) 29 85-1 53

Frau Weinhold • Telefon (0 69) 29 85-1 43

Telefax (0 69) 29 85-4 44

Beim Europäischen Parlament in Strasbourg

Am 15. Januar besuchte die Kreisgruppe Worms das Europäische Parlament in Strasbourg. Eingeladen hatte uns der Europaabgeordnete Kurt Lechner. Vor Ort wurde uns ausführlich die Ar-

die Kolleginnen und Kollegen für die Einladung zu dieser schönen und informativen Fahrt.

*Klemens Dehos,
Vorsitzender Kreisgruppe Worms*



Besucherguppe
in Strasbourg

beitsweise dieses Europäischen Gremiums erklärt. Außerdem hatten wir das Glück, einer Ausschusssitzung unter Leitung von Hr. Lechner beiwohnen zu dürfen. Dort ging es um einheitliche Richtlinien bei der Vergabe von Konsumentenkrediten. Dabei wurde deutlich, wie schwierig das Zustandekommen einer für alle europäischen Länder verbindlichen Regelung ist, da es dazu in den betroffenen Ländern höchst unterschiedliche nationale Gesetze und Vorschriften gibt und jeder versucht, seine Inhalte in der harmonisierten Vorschrift wiederzufinden. Nachdem wir uns für die Einladung und die Möglichkeit, einen Blick hinter die Kulissen der Europäischen Politik zu werfen, bedankt hatten, ging es ins Zentrum von Strasbourg, wo wir noch einige Stunden auf eigene Faust die vielen Sehenswürdigkeiten dieser Stadt erkundeten. Obwohl man von fast überall den Turm des berühmten Münsters sehen kann, gelang es einigen Kollegen, sich auf dem Rückweg zum Bus zu verlaufen, was uns fast eine Stunde zusätzlichen Aufenthalt bescherte und mich die Beschaffung von Navigationsgeräten in den Streifenwagen in einem ganz neuen Licht sehen ließ. Schließlich waren wir aber alle wieder vereint und konnten die Rückfahrt antreten. Zum Abschluss bedankten sich

Mitgliederversammlung und Wahlen

Die diesjährige Mitgliederversammlung findet am **Montag, 28. 4. 2008, 15.00 Uhr**, im PP Koblenz, Nebenraum der Kantine, statt. Die Ehrungen für 25-/40-/50-jährige Mitgliedschaft werden bereits in einer gemütlichen Runde um 13.30 Uhr vor der Versammlung vorgenommen. Die Namen werden dann in der Mitgliederversammlung noch einmal verlesen.

Dienstbefreiung ab 15.00 Uhr wurde durch den Behördenleiter genehmigt.

Tagesordnung: 1. Begrüßung und Eröffnung, 2. Gedenken an die verstorbenen Mitglieder, 3. Wahl eines Versammlungsleiters, 4. Bericht des KG-Vorsitzenden, 5. Kassenbericht, 6. Kassenprüfbericht, 7. Aussprache über die Berichte, 8. Entlastung des Vorstandes, 9. Neuwahlen des Vorstandes, 10. Wahl von Delegierten, 11. Ehrungen, 12. Gewerkschaftspolitischer Situationsbericht, 13. Verschiedenes

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Hubert Theis, KG LPS
Marianne Schmidt, KG Bepo Enkenb.-Alsenborn
Peter Kloss, KG PD Worms

WIR TRAUERN UM

Leo Schweickart, KG Westerwald/Rhein-Lahn, 90 Jahre
Martha Dams, KG PD Worms, 79 Jahre
Ehefrau des Kollegen Otto Dams
Uwe Lehnert, KG Vorderpfalz, 53 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

